

Fragen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens

Die Struktur des jugoslawischen Kommunismus

Die Frage nach der Struktur und den Entwicklungstendenzen des jugoslawischen Kommunismus ist durchaus nicht nur von politischem Interesse. Die ideologischen Differenzen zwischen der sowjetischen und der titoistischen Konzeption des Marxismus-Leninismus, die in der Struktur der beiden Systeme und ihrer inneren und äußeren Politik zu Realitäten werden, können uns behilflich sein, das Ausmaß und die Grenzen der inneren Wandlungsfähigkeit des Kommunismus abzuschätzen. Aus diesem Grunde wird hier darüber berichtet. Wer immer mit dem Gedanken einer Koexistenz zwischen kommunistischer Gesellschaftsordnung und christlicher Weltanschauung umgeht und erst recht wer mit diesem Problem in der politischen Wirklichkeit zu tun hat wie die Katholiken in den Satellitenländern, muß den Spielraum ausmessen, den der Kommunismus seinen Anhängern für die Anlage eines bestimmten „Weges zum Sozialismus“ gewährt.

Die Entwicklung des jugoslawischen Kommunismus

Um das Programm Titos zu verstehen, dürften folgende geschichtliche Erinnerungen nützlich sein. Am 28. Juni 1948 wurde Jugoslawien aus dem Kominform ausgeschlossen. Auf dem 19. Parteitag der sowjetischen Partei im Jahre 1952 nannte Malenkov Tito und seine engsten Mitarbeiter „amerikanische Agenten“. In dieser Zeit vollzog sich in Jugoslawien eine ideologische Umwandlung in immer stärkerer Abkehr vom Stalinismus, die auf dem 6. Kongreß der jugoslawischen Partei im November 1952 erstmalig programmatischen Ausdruck fand. Nach dem Tode Stalins am 5. März 1953 begann eine Annäherung zwischen Moskau und Belgrad, die aber 1955 durch eine tiefe Verstimmung unterbrochen wurde, als Molotow erklärte, daß die jugoslawischen Kommunisten „jetzt ihre Fehler begriffen hätten“. Diese Verstimmung wurde durch einen Besuch Chruschtschows im gleichen Jahre beigelegt. In der Belgrader Deklaration vom 2. Juni 1955 wurde unter anderm auch der „Austausch von Informationen über die Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus“ vereinbart. Beim Gegenbesuch Titos im Juni 1956 wurde daraus eine „Verstärkung der freundschaftlichen Zusammenarbeit auf dem Prinzip der Gleichberechtigung“. Nach dem Aufstand in Ungarn kam es zu neuen Spannungen. Tito nannte in seiner Rede in Pola am 11. November 1956 das sowjetische Vorgehen einen „fatalen Fehler“ und sagte: „Jetzt geht es darum, ob in den kommunistischen Parteien der neue Geist siegen wird, der in Jugoslawien seinen Ausgang genommen hat und für den in den Beschlüssen des 20. Parteitags der sowjetischen Partei ziemlich viele Anzeichen vorhanden sind.“ Die Spannungen erreichten einen neuen Höhepunkt, als die jugoslawische Partei auf ihrem 7. Parteitag vom 22. bis 26. April 1958 ihr endgültiges Programm veröffentlichte.

Gleichberechtigung oder Hegemonie?

Als Schwerpunkte der ideologischen Differenzen zwischen dem Kreml und Tito dürfen die folgenden bezeichnet werden:

Nach Ansicht des Kreml muß die kommunistische Bewegung zur Weltrevolution in einer einzigen Organisation zusammengefaßt sein, in der die Sowjetunion die Führung hat. Die jugoslawischen Kommunisten lehnen sowohl eine solche organisatorische Zusammenfassung als auch die Hegemonie der Sowjetunion und der sowjetischen Partei entschieden ab und treten für bilaterale Beziehungen zwischen den einzelnen Parteien ein. Schon 1952 beschuldigte Tito die Sowjetunion gerade im Hinblick auf die Satelliten eines imperialistischen Verhaltens. Und im Programm von 1958 hieß es: Der Ausschuß Jugoslawiens aus dem Kominform war „ein Versuch, die Ungleichheit in den Beziehungen der kommunistischen Länder zu legalisieren, eine Verneinung der Unabhängigkeit der Völker bei der Entwicklung der sozialistischen Beziehungen“. Eine „Hegemonie bei den Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern“ ist der Verwirklichung des Sozialismus schädlich; denn „Sozialismus ist zwar ein einheitlicher Begriff, aber die Völker gehen zu ihm verschiedene Wege und unter Anwendung verschiedener Methoden“. Ja das Programm von 1958 toleriert sogar eine Verschiedenheit der Meinungen von einzelnen Richtungen des Sozialismus: „Die Konzeption, gemäß welcher nur die kommunistischen Parteien ein Monopol auf verschiedene Formen der sozialistischen Bewegung besitzen und daß nur sie den Sozialismus verkörpern — diese Konzeption ist theoretisch falsch und praktisch äußerst schädlich.“

Staat und Gesellschaft

Ein zweiter Unterschied zeigt sich in den Auffassungen vom Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft bzw. Wirtschaft. In der staatlichen Machtkonzentration sehen die jugoslawischen Kommunisten die Ursache für den Bürokratismus, die Herrschaft der Funktionäre und den Personenkult, die Erscheinungsmerkmale des Stalinismus. „Die ausschließliche Verwaltung der Wirtschaft und des gesamten gesellschaftlichen Lebens durch den staatlichen Apparat führte zu einer immer stärkeren Zentralisierung der Verwaltung und dem Zusammenwachsen des staatlichen und des Parteiapparates mit dem Ziel, sich der Gesellschaft aufzudrängen. Diese Erscheinungen sind das unmittelbare Ergebnis von Tendenzen, die sich im politischen und wirtschaftlichen Leben des sozialistischen Staates äußern und das Ziel haben, den Apparat zum Herrn der Gesellschaft zu machen, statt deren Diener zu bleiben.“ „Der Bürokratismus trennt die Verbindungen zwischen den führenden politischen Kräften und der Arbeiterklasse und verschärft die inneren gesellschaftlichen Gegensätze.“

Die Sowjetunion ist also in den Augen der Jugoslawen noch keineswegs das Modell eines sozialistischen Staates, für das sie sich hält. Das Sowjetsystem stalinistischer Prägung erscheint ihnen nicht nur unter politischem Gesichtspunkt als imperialistisch, sondern ebenso in Hinsicht auf seine soziale Struktur als staatskapitalistisch. Es ist keine Diktatur des Proletariates, sondern eine Diktatur der Funktionäre, mithin ein Klassenstaat. Es befindet sich im Widerspruch zur marxistischen Theorie vom Absterben des Staates in der sozialistischen Gesellschaft. Diese Theorie war die Basis für den jugoslawischen Weg

zum Sozialismus, wie er etwa seit 1950 beschritten wurde. Das Besondere dieses Weges besteht, wenigstens programmatisch, in der Dezentralisierung der Volksmacht und der Wirtschaftsführung, die dazu dienen soll, das Ideal der sozialistischen Demokratie zu verwirklichen. Im Prinzip werden der politischen Zentralgewalt nur die Aufgaben reserviert, die ihrer Natur nach zentral gelöst werden müssen: Außenpolitik, Verteidigung, Rechtsordnung, Wirtschaftspolitik. In diesem Rahmen aber soll sich der Staat mehr und mehr zu einem „spezifischen Mechanismus der Selbstverwaltung“ entwickeln. Unter den Institutionen der Selbstverwaltung sind die Arbeiterräte in den Betrieben und die Kommunen bei den örtlichen Behörden die wichtigsten, jene in Hinsicht auf die Wirtschaft, diese als Organe der Verwaltung. Selbstverständlich kann die Umgestaltung nur Schritt für Schritt vollzogen werden, aber sie muß sich konsequent nach dem Maßstab richten, daß die Initiative der Gesellschaft wachsen und die des Staates abnehmen soll. Das Ziel wird, wie Tito sagte, dann erreicht sein, „wenn die Produktionsmittel sich völlig in die Händen der Produzenten befinden“. Deswegen denkt man auch nicht an eine Verstaatlichung der Landwirtschaft. „Grundlegend für die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft ist die Orientierung auf die Förderung der Produktivkräfte und der Arbeitsproduktivität. Nur bei gleichzeitiger Förderung der Produktivkräfte und der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft kann man an die Formen des Zusammenschlusses der Bauern richtig herangehen.“

Es bedarf keiner Erörterung, daß die Demokratisierung nicht dem Revisionismus, also der Annäherung an die bürgerliche Demokratie, dienen soll. Diese beruht nach jugoslawischer Meinung nach wie vor auf dem Klassen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Arbeiterschaft. Man beweist diese These nicht ganz mit Unrecht und jedenfalls nicht ungeschickt mit dem Hinweis auf das Verhältnis zwischen den westlichen Mächten und den Entwicklungsländern. Es stehe im Zeichen des Bestrebens, erschütterte Positionen um jeden Preis aufrechtzuerhalten und, wenn das nicht mehr möglich ist, die politische Hegemonie in eine wirtschaftliche umzuwandeln. Gegenüber diesem kapitalistischen Imperialismus und dem unter der falschen Flagge des „proletarischen Internationalismus“ propagierten Hegemonieanspruch der Sowjetunion vertritt Tito ein Programm der „aktiven Koexistenz“, d. h. der gegenseitigen Hilfe zwischen den proletarischen und neutralen Völkern. Hier liegt der Schlüssel zum Verständnis seiner Außenpolitik. Was die Zukunft des Kapitalismus angeht, glauben die Jugoslawen, daß auch in allen westlichen Ländern der Trend zum Staatskapitalismus sich mehr und mehr durchsetzen werde, wodurch die marxistische Theorie von der zunehmenden Konzentration der Kapitalmacht zwar modifiziert, doch im Prinzip bestätigt würde. Im übrigen fördere diese Tendenz die sozialistischen Bestrebungen. „Die spezifischen Formen der staatskapitalistischen Beziehungen können gleichzeitig Versuche zur Erhaltung des Kapitalismus wie auch ein erster Schritt zum Sozialismus — sie können gleichzeitig aber auch das eine wie das andere sein.“

Die Aufgabe der Partei

Ein dritter ideologischer Unterschied zwischen Moskau und Belgrad liegt in den verschiedenen Auffassungen von der Rolle, die die kommunistischen Parteien bei der Ver-

wirklichung des Sozialismus zu erfüllen haben. Nach der sowjetischen und uns bis jetzt allein geläufigen Konzeption des Kommunismus ist die Partei die „lenkende und beseelende Kraft“ in Staat und Gesellschaft und das „Herz und Hirn unserer Epoche“. Sie übt allein die Macht im Staate und über die Gesellschaft aus, wenn sie auch unter besonderen Verhältnissen, wie in der DDR, in Polen und in Ungarn, auf ihren Einheitswahllisten einige Kandidaten aufstellt, die nicht Parteigenossen sind. Eine selbständige Politik können deren Fraktionen in keinem dieser Länder treiben. In der Exekutive übt die Partei nicht nur in der Form der Personalunion, sondern kraft direkter Befehlsgewalt allein die Macht aus. Als „Herz und Hirn“ besitzt sie auch die Gabe der Unfehlbarkeit im Urteil über alle Fragen der Wissenschaft und Praxis des gesellschaftlichen Lebens. Zudem verkörpert sie in sich selbst den höchsten Wert, das Herz des menschlichen Lebens.

Die jugoslawische Partei hat schon 1952 ihren Namen geändert. Sie heißt seitdem „Bund der Kommunisten Jugoslawiens“, und das sollte eine Strukturänderung ausdrücken. „Der Bund der Kommunisten ist in seiner Arbeit kein unmittelbarer operativer Leiter und Befehlsgeber, weder im wirtschaftlichen noch im staatlichen und gesellschaftlichen Leben, und kann es auch nicht sein. Er wirkt vielmehr mit seiner politischen und ideologischen Tätigkeit in erster Linie durch Überzeugungskraft in allen Organisationen, Organen und Behörden darauf hin, daß seine Linie und seine Haltung oder die Haltung einzelner seiner Mitglieder angenommen werden.“ Im Programm von 1958 heißt es außerdem: „Die an der Macht befindlichen kommunistischen Parteien sind in ihrer Tätigkeit nicht nur den Parteimitgliedern verantwortlich, sondern der Nation als ganzer... Sie dürfen keine Entscheidungen treffen, die den von der Bevölkerung gewählten Organen vorbehalten sind.“ Diese Unterscheidung zwischen dem Staat als Machtträger und der Partei als Ideenträger in der sozialistischen Gesellschaft hat natürlich nicht den Sinn, der Partei die alleinige politische Entscheidungsgewalt aus der Hand zu nehmen. Aber „die führende politische Rolle des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens wird stufenweise in der Perspektive immer mehr verschwinden, und gleichzeitig werden sich entwickeln und immer mehr verstärken vielseitige Formen der unmittelbaren sozialistischen Demokratie. Diese Wandlung wird sich proportional zu dem objektiven Prozeß des Absterbens der sozialen Antagonismen und aller Formen des Druckes, die während der historischen Entwicklung aus diesen Antagonismen entstanden, entwickeln.“ Bis dahin besteht die Rolle der Partei vor allem im Wächteramt gegenüber dem Dogmatismus, der selbst „eine tiefe antiwissenschaftliche Revision des Marxismus-Leninismus darstellt“, insofern er sich jedem Versuch der Anpassung an die gegenwärtigen sozialen Bedingungen widersetzt — und gegenüber dem Revisionismus, d. h. der Gefahr der Verbürgerlichung.

Die Jugoslawen betonen immer wieder, daß ihre Eigenständigkeit, die in den oben dargestellten Prinzipien begründet ist, keine Preisgabe, sondern gerade die wirklichkeitsgerechte Realisierung des Marxismus-Leninismus bezwecke. Sie denken auch nicht daran, ihre Solidarität mit den übrigen kommunistischen Parteien zu verleugnen. Auf dem 7. Parteikongreß erklärte Kardelj: „Es versteht sich von selbst, daß wir mit allen kommunistischen Par-

teien in allen Fragen solidarisch sind, die sich auf die Verteidigung und die Entwicklung des Sozialismus und des Gesellschaftsprozesses beziehen, ebenso auf die Stärkung der Arbeiterbewegung und die Festigung des Friedens.“ Sie wollen nicht als Nationalkommunisten oder Rechts- bzw. Linksabweicher von der Idee betrachtet werden, was ihnen in der Sowjetunion und schärfer noch von China zum Vorwurf gemacht wird. Dennoch hat sich das Gesicht der Partei seit 1952 geändert.

Darüber berichtete die „Neue Zürcher Zeitung“ (31. 5. 59): „Aus einer straff zentralistisch organisierten Partei von gläubigen Funktionären, die ausschließlich nach Weisungen von oben arbeiteten, ist eine Partei von praktisch orientierten Wirtschaftsleitern und Administratoren geworden. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man von einem langsamen Versickern der Partei in den unmittelbaren Arbeitsbereichen ihrer Mitglieder spricht.“ Die praktischen Aufgaben, vor allem die wirtschaftlichen, haben die Ideologie in den Hintergrund gedrängt. Doch wäre es falsch oder wenigstens höchst voreilig, daraus den Schluß zu ziehen, daß der Kommunismus in Jugoslawien sich auch innerlich in Richtung auf einen weltanschaulichen Pragmatismus entwickle, so daß man eine Annäherung an die westlichen Ideologien erhoffen dürfte. Auch die Masse der „pragmatischen“ Kommunisten denkt nicht im entferntesten daran, zugunsten größerer Meinungsfreiheit oder gar einer formalen Demokratie und pluralistischen Gesellschaft ihre eigene Position und Macht zu gefährden, also das politische Herrschaftssystem in seinem Grundgefüge in Frage stellen zu lassen. „Dieses im Grunde bereits konservative Streben nach Erhaltung der Macht bringt bei den Kommunisten trotz aller Versachlichung der Parteiherrschaft nach wie vor ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl gegenüber der Partei hervor, das sich in einer auch jetzt noch ungebrochenen Disziplin gegenüber der Partei ausdrückt.“ Diese Gefühle werden durch die Treue gegenüber der Persönlichkeit Titos mythologisiert. Außerdem ist es eine offene Frage, wie sich das Kräfteverhältnis zwischen den einzelnen Strömungen innerhalb der oberen Parteigremien, die es natürlich auch unter den jugoslawischen Kommunisten gibt, wenn sie auch durch Tito im Zaum gehalten werden, in Zukunft gestalten wird. Und schließlich ist auch das derzeitige jugoslawische Parteiprogramm nicht nur verschiedenster Auslegung und Handhabung zugänglich, es ist ex definitione kein für alle Zukunft gültiges Credo.

Die Auswirkungen des jugoslawischen Parteiprogramms

Wenden wir uns nun zu den Auswirkungen, die das Programm in der Wirklichkeit des Lebens hervorgebracht hat. Diese Auswirkungen sind am deutlichsten sichtbar in der Außenpolitik des Landes. Sie hat ein Janusgesicht, entspricht aber ziemlich genau den Prinzipien. Tito vermeidet alles, was die Sowjets reizen könnte, mehr noch, er begünstigt, soweit das möglich ist, die weltpolitischen Absichten des Ostblocks, so in der Deutschlandfrage. Er kommt jedem Annäherungsversuch von Moskau um mehr als die Hälfte entgegen. Mikojan hat bei seinem Besuch in Amerika gesagt, die Gleichschaltung der Außenpolitik Jugoslawiens wäre keine Frage, wenn Moskau die hundert Millionen Dollar pro Jahr bezahlen würde, um die sie zu haben ist. Nicht um diesen Preis zu haben ist allerdings die innere Selbständigkeit Jugoslawiens. Tito hat die Hegemonie des Sowjetkommunismus 1948 mit sehr

großem Risiko abgelehnt und darin trotz vieler Schwierigkeiten und Nachteile durchgehalten. Auf friedlichem Wege dürfte die Sowjetunion in absehbarer Zeit daran nichts ändern können.

Die Arbeiterräte

Die Dezentralisierung und „Demokratisierung“ von Wirtschaft und Verwaltung ist der zweite Programmgrundsatz, und auf ihm liegt der Akzent der gesellschaftspolitischen Entwicklung in Jugoslawien. Seit 1952 wurden eine Reihe von Gesetzen erlassen, die den Unternehmen oder, besser gesagt, den Betrieben nach und nach das Recht einräumten, innerhalb der staatlichen Normen über ihren Produktionsumfang, ihre Löhne und Preise und sogar über ihre Gewinne selbst zu verfügen. Träger dieser Verfügungsmacht sind im Prinzip die von der Belegschaft gewählten Arbeiterräte. Sie umfassen in größeren Betrieben bis zu 120 Mitgliedern. Die tatsächliche Ausübung ihrer Rechte liegt aber in den Händen des jeweiligen Führungsausschusses, der aus drei bis elf Mitgliedern besteht und vom Arbeiterrat bestellt wird. Dieser Ausschuss ernennt die leitenden Angestellten (ausgenommen die Direktoren, bei deren Ernennung auch die Kommunen mitwirken), entwirft die jeweiligen Wirtschaftspläne und überwacht die Betriebsführung. Im ganzen gab es 1958 in Jugoslawien in 10 593 Betrieben solche Räte und Ausschüsse. Inwieweit bestimmen nun also die Arbeiter mit? Sowjetische Kritiker tun die Bedeutung dieser Mitbestimmung mit einer Handbewegung ab. Ein amerikanischer Beobachter, Benjamin Ward (*Workers' Management in Yugoslavia*, in: *The Journal of Political Economy*, Oktober 1957), wies darauf hin, daß die Wahlen in den Betrieben von den Gewerkschaften gesteuert werden, also einen politischen Akzent haben; ferner daß die Räte selbst teils aus Passivität, teils aus Mangel an Sachkenntnis eine wirkliche Kontrolle oder Entscheidungsgewalt nicht ausüben. Die Entscheidungen würden von den Direktoren und allenfalls von den wenigen Mitgliedern des Führungsausschusses getroffen. Ward kommt zu dem Ergebnis: „Alle Beobachtungen . . . führen zu dem Schluß, daß die jugoslawischen Industriearbeiter im allgemeinen nicht in der Lage sind, die Politik ihrer Betriebe zu kontrollieren . . . Die Demokratie in kleinen Dosen wird zwar in die Industrie eingeführt. Aber, um im Bilde zu bleiben, man versucht die richtige Dosis dadurch herauszufinden, daß man eine große Quantität Demokratie als Endziel verschreibt, die tatsächlich gegebene Dosis jedoch wieder beschränkt, indem man einer Anzahl von Institutionen das Recht gibt, den Zuteilungsprozeß zu überwachen.“ Nun liegt das natürlich zum guten Teil an den allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Jugoslawien eine vollkommene Aufhebung der Zwangswirtschaft noch nicht gestatten. Daß die politischen Maßnahmen zur wirtschaftlichen Dezentralisation aber die Produktivität erheblich gesteigert haben, ist nicht zu bestreiten, und ebensowenig, daß diese Steigerung breiten Volksschichten zugute kam, wenn auch das Realeinkommen „bestenfalls ein Drittel des westdeutschen Niveaus betragen dürfte“, wie Heinz Brestel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (27. 9. 58) schrieb. Andere Schätzungen der wirtschaftlichen Zustände im Lande äußern sich günstiger. Natürlich müßte untersucht werden, inwieweit die Produktivitätssteigerungen durch die neuen Organisationsformen verursacht sind und inwieweit

durch die westlichen Auslandshilfen. Aber davon abgesehen, hat der jugoslawische Arbeiter, Bauer und Handwerker das Gefühl, ein freierer Mensch zu sein als der sowjetische Staatsarbeiter. Besonders gilt das für das Bauerntum, das sich durch die Genossenschaften gestützt und nicht einfach unterdrückt oder aufgesogen fühlt. Die wirtschaftliche Dezentralisierung trägt also wirklich den Charakter einer Liberalisierung.

Die innenpolitische Wirklichkeit

Das Gleiche kann nicht von der politischen Dezentralisierung gesagt werden. Gewiß besitzt Jugoslawien unter allen kommunistischen Staaten die am weitesten ausgebaute Selbstverwaltung, was übrigens mehr historische als ideologische Gründe hat. Und es mag auch richtig sein, daß die Selbstverwaltung in den Dingen des täglichen Lebens überwiegend nach praktischen Gesichtspunkten verfährt und viel weniger nach marxistischen Prinzipien handelt, als eine Zentralverwaltung das tun muß, die sich einem Parteidirektorium gegenüber zu verantworten hat. Aber dieser Pragmatismus hält sich im Einklang mit den Grunddogmen der Partei und mehr noch mit dem Willen der Partei, sich die Macht zu bewahren.

Mit dieser Feststellung ist ein Kriterium zur Beurteilung des dritten Programmgrundsatzes gegeben, der die Macht dem Staat und dem Volk, die politische Erziehung aber dem „Bund der Kommunisten“ überträgt. Es wäre vielleicht unbillig, darin nichts weiter als einen Trick zu sehen. Aber es wäre töricht, daran zu glauben, daß die Kommunisten diesen Satz auch dann anwenden würden, wenn sie damit die Macht auch nur zum Teil aus den Händen geben müßten. Die Teilung der Aufgaben, die das Programm vorsieht, beruht auf der gar nicht diskutierbaren Voraussetzung, daß auch im Staat und in der Wirtschaft Kommunisten die Führung innehaben. Und diese Voraussetzung gründet nicht nur im Zutrauen zu den Möglichkeiten indirekten Einflusses, die die Partei besitzt, sondern auch in dem allen Marxisten gemeinsamen Glauben an den unwiderstehlichen Sieg der marxistischen „Wissenschaft“, der die Entwicklung und schließlich dann die Einsicht der Mehrheit des Volkes Recht geben werden. Das Vertrauen zur inneren Kraft und Stärke der Partei ist es, das eine Gewaltenteilung ermöglicht.

Inwieweit diese Voraussetzung zutrifft und praktikabel ist, daß nämlich die Partei mit den guten Kräften des Volkes identisch sei, das zu testen machen auch die jugoslawischen Kommunisten keine Anstalten. Erst vor kurzer Zeit, am 12. Mai 1959, ereigneten sich in Agram und anscheinend auch in anderen Universitätsstädten Studentenunruhen. Nachdem die offiziellen Stellen diese Unruhen zunächst bagatellisiert hatten, wurden sie durch Tito selbst kurz darauf geradezu dramatisiert. Sie seien ein von „den Feinden“ inszenierter Versuch gewesen, die Schwäche des sozialistischen Systems in Jugoslawien abzutasten. Es gebe Elemente, welche des Glaubens sind, daß das gegenwärtige System einer vermehrten Demokratisierung eine derartige feindliche Tätigkeit erleichtere. Die jugoslawische Demokratie sei zwar eine Demokratie, aber für die Mehrheit des Volkes und nicht für die Gegner. Die Revolution lebe und könne jederzeit ihre Macht demonstrieren (vgl. „Neue Zürcher Zeitung“, 23. 5. 59). Eine solche Drohung aus dem Munde eines sozialistisch-kommunistischen Demokraten gibt genügend Aufschluß darüber, wie sich auch der jugoslawische Kommunismus

das Verhältnis zwischen dem Willen zur Macht und dem Willen zur Demokratie vorstellt. Was das innere Gefüge der Partei betrifft, möchten wir zurückgreifen auf ein Zirkular des Exekutivkomitees vom vorigen Jahr über „negative Erscheinungen im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben und Schwächen in der Aktivität der Partei“ (veröffentlicht in „Le Monde“, 6. 3. 58). Das Zirkular verschont fast niemanden mit seinem Tadel. Der Erfolg der Demokratisierung, so liest man, besteht darin, daß die partikulären Interessen jetzt die Rücksicht auf die Gemeinschaft überwuchern. Jedermann suche persönliche Privilegien einzuheimsen. Die Disziplin und die Moral der Kommunisten hätten gelitten. Man kann daraus entnehmen, daß Kommunisten für die Versuchung persönlicher Privilegien ebenso anfällig sind wie andere Menschen. Aber man muß daraus ebenso gewiß entnehmen, daß diejenigen, die über die entscheidenden Instrumente der Macht gebieten, die Demokratisierung in dem Augenblick stoppen werden, wo sie das Herrschaftssystem bedroht. Tito läßt keinen Zweifel daran, daß auch er an dem marxistischen oder vielmehr leninistischen Grundsatz festhält, daß Worte, Gedanken, Ideologien dazu da sind, der Macht zu dienen. Vielleicht ist der Leninismus die konsequenteste Theorie zur Rechtfertigung monarchischer oder oligarchischer Macht, die es überhaupt gibt.

Partei und Kirche

Unter solchen Vorzeichen steht die Zukunft der Religion und besonders der katholischen Kirche in diesem Land. Sie hat von der Demokratisierung nicht das Geringste vernommen. Einer der Gründe dafür liegt höchstwahrscheinlich darin, daß die jugoslawischen Kommunisten in den Kirchen, und besonders in der römisch-katholischen Kirche, vor allem Konkurrenten um die Macht erblicken. Die ununterbrochene Polemik der Belgrader „Borba“ gegen den Vatikan ist fasziniert von der Zwangsvorstellung, daß der Vatikan eine innenpolitische Herrschaft in Jugoslawien anstrebe. Diese Furcht begründet auch die Haltung der Regierung gegenüber Kardinal Stepinac, in dem man die Macht der Kirche und die Autorität einer potentiellen politischen Opposition verkörpert sieht. Die Frage der Koexistenz von Kirche und Staat und der Wiederannäherung zwischen Belgrad und dem Vatikan ist deswegen so schwer zu lösen, weil die Kirche in Kroatien und Slowenien in demselben Maß, als man ihr Freiheit der Betätigung einräumt, eine gesellschaftliche Macht darstellt. Ihr Einfluß ist in dem Programm der Demokratisierung nicht vorgesehen. Das hat übrigens nicht nur ideologische Gründe. Die Kommunisten gerade dieses Landes sind durch einen alten und tief eingewurzelten Antiklerikalismus geprägt. Soweit wir wissen, ist die jugoslawische Partei die einzige, die ihren Mitgliedern ausdrücklich die Zugehörigkeit zu einer Kirche untersagt, und in gewissem Sinne die radikalste von allen, was den Kampf gegen die Kirche betrifft.

Die Religionspolitik der jugoslawischen Kommunisten bestätigte schon immer diesen Eindruck, und sie hat sich bis heute nicht geändert. Nachdem die Methode brutaler Gewaltanwendung gegenüber Bischöfen und Geistlichen mittels der Justiz, der Polizei und des Pöbels, die Versuche, den Klerus auszuhungern und das gläubige Volk einzuschüchtern, ihre Wirkung getan haben, wird die Tätigkeit der Geistlichen gegenwärtig durch Kontrolle und Bspitzelung in den engsten Grenzen gehalten, zu-

mal was die Verkündigung betrifft. Gleichzeitig läuft die atheistische Propaganda unter der Jugend, unter dem Militär, unter den Arbeitern und im Rahmen der ganzen Parteitätigkeit auf vollen Touren. Es kann nicht genügend oft darauf hingewiesen werden, daß die Demokratisierung des jugoslawischen Kommunismus und die grö-

ßere persönliche Freiheit, die er gewährt, nicht das Geringste mit religiöser Toleranz zu tun haben. Die katholische und ebenso auch die orthodoxe Kirche in diesem Lande erleiden ein härteres Schicksal, sie werden mindestens mit größerer Feindseligkeit behandelt als in anderen Ländern des Ostblocks.

Aus der Ökumene

Zum 9. Deutschen Evangelischen Kirchentag in München

Der 9. Deutsche Evangelische Kirchentag fand vom 12. bis 16. August 1959 in München statt, also erstmalig in der Diaspora, einer katholischen Stadt, in der aber immerhin 220 000 Protestanten leben. Über diese Veranstaltung ist schwerer in Kürze zu berichten als über den 7. Kirchentag in Frankfurt am Main 1956 (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 44 f.). In den verflossenen drei Jahren wurde nur die nachträglich zum 8. Kirchentag erklärte Berliner Delegierten-Konferenz als Arbeitstagung abgehalten, und künftig soll, im Wechsel mit dem Katholikentag, ein zweijähriger Turnus gewahrt werden. Seit Frankfurt hat sich an der Organisation wie an der Konzeption des Kirchentages manches geändert. Er ist zwar nach wie vor eine wohlgeplante Massenversammlung. In München gab es immerhin 40—50 000 Dauergäste an den Veranstaltungen, dazu kamen die Massen bei der Schlußversammlung auf der Theresienwiese. Von der Ostzone durften diesmal allerdings nur rund 1100 Gläubige teilnehmen, die sich ziemlich passiv verhielten und nicht das Bild beherrschten. Er ist auch nach wie vor — das wird von freundlichen Kritikern mit Bedauern vermerkt — im wesentlichen ein Treffen der kirchentreuen Kerngemeinden gewesen. Seine Dynamik dringt noch nicht zu den „Randsiedlern“ durch.

Aber das Neue daran scheint zu sein, daß die Zahl der Menschen unter 25 Jahren fast die Hälfte der Besucher ausmachte. Neu ist auch die Vermehrung der Arbeitsgemeinschaften von 6 auf 10, was allerdings eine weitere Zersplitterung der Probleme nach sich zieht und es dem einzelnen Besucher völlig unmöglich macht, das Ganze mitzuerleben, zumal da es diesmal keinen programmatischen Gesamtausdruck fand. Neu ist vor allem eine Verschiebung der Akzente. Das Interesse an den politischen Fragen, das früher zu starken Spannungen geführt hatte, ähnlich wie auf den EKD-Synoden, ist stark zurückgetreten. Teils liegt es daran, daß die Vorausplanung sorgfältig die Referenten, die Diskussionsredner und auch die Referate gesichtet hat, so daß die Redner nicht mehr nur ihre persönliche Meinung, sondern auch die Linie des Kirchentagspräsidiums vortrugen, wie sie vorher im einzelnen erarbeitet worden und in einem umfangreichen „Vorbereitungsheft“ (Kreuz-Verlag, Stuttgart, 96 S.) mit den Thesen wie mit den präparierten Diskussionsfragen herausgegeben worden ist, eine Broschüre, deren Beschaffung und Studium sich übrigens lohnt. Sie ist fast inhaltsreicher als alles, was bisher über den Verlauf des Kirchentages berichtet worden ist, und sie enthält etwa das, was man sich vorher als Ergebnis gedacht hatte: die Quintessenz des bewußten Protestantismus unserer Tage.

So kam es, daß z. B. fast der ganze Niemöller-Heinemann-Flügel fortblieb. Die „Stimme der Gemeinde“ (Heft 17, 1. 9. 59), das Organ dieses Kreises, spricht von einer „Selbstamputation“ des Kirchentages, der zu einer CDU-Organisation geworden sei. Aber das ist eine einseitige Perspektive. Sonst hätten nicht in der Arbeitsgruppe 6 über den Staat der CDU-Minister Edo Osterloh und der SPD-Abgeordnete Fritz Erler ein Beispiel dafür abgelegt, wie Christen als politische Gegner richtig miteinander umgehen sollen. Aber diese Gruppe war merkwürdig schlecht besucht, das Kirchenvolk drängte in die überfüllten Hallen, wo die morgendlichen Bibelstunden stattfanden, und in die Arbeitsgruppen, in denen die praktischen Fragen des persönlichen Lebens zur Sprache kamen: Gemeinde, Kirche, Diaspora, Familie, Erziehung. Daher fragt selbst ein so kirchentagsfreundlicher Beobachter wie Dr. theol. Heinz Zahrnt vom „Sonntagsblatt“ (Nr. 34, 23. 8. 59): „Ist der Kirchentag noch der Ort, wo wirklich gefragt und gesagt werden kann, womöglich radikal und einseitig bis zur Ungerechtigkeit hin gefragt und gesagt werden kann, was heute in Deutschland zu fragen und zu sagen ist, oder hat auch der Kirchentag sich einzurichten und einzureihen begonnen? . . . Macht er es sich mit seiner Aufgabe noch schwer genug, oder weicht auch er schon manchmal aus und sucht rasch fertige Lösungen?“

Das scheint uns falsch gefragt. Er sucht eben keine fertigen Lösungen, sondern er will das Fragen in Gang setzen. Da sieht wohl Heinz Beckmann im „Rheinischen Merkur“ (21. 8. 59) treffender, wenn er feststellt, daß hier eine „unverhoffte Springflut des konkreten leibhaftigen Lebens“ in Erscheinung trat, die den bekannten Abstraktionen der Zeitanalysen zu entgehen suchte, um beim Leben und der christlichen Existenz zu bleiben. Der Kirchentag habe jetzt erst seine endgültige Gestalt gefunden, und diese liege weniger in der Fülle der Referate und Diskussionen, die die Menschen aufbereiten und in Bewegung setzen sollen, sondern in den reichlich, künftig immer reichlicher gebotenen Möglichkeiten zur evangelischen Beratung, zum seelsorgerlichen Gespräch, zur Beichte und zum Abendmahl, also zum leibhaften Wort und zur lebendigen Gemeinde, die daheim so nicht möglich ist. Das sind gewichtige Beobachtungen.

„Ihr sollt mein Volk sein!“

Da wenig über die Reaktion des Kirchenvolkes zu sagen ist, sei vor allem über die Konzeption des Deutschen Evangelischen Kirchentages berichtet. Es ist sicher kein Zufall, daß sie in einer katholischen Stadt und in bewußter Pflege guter katholischer Nachbarschaft sichtbar wurde, sowohl in außerordentlich klarer protestantischer Absetzung vom Katholischen wie im Bemühen, das Ge-